

Bundesministerium für Gesundheit  
Der Bevollmächtigte der Bundes-  
regierung für Pflege  
Herrn Staatssekretär  
Andreas Westerfellhaus  
Friedrichstraße 108  
10117 Berlin

Auskunft erteilt: H. Wallrafen  
Zimmer: 2.01  
Telefon : (0 21 61) 6866-4100  
Telefax: (0 21 61) 6866-4119  
Mein Zeichen: HW/Be  
E-Mail: H.Wallrafen@Sozial-Holding.de  
Datum: 11.06.2018

## Offener Brief !

### „Der Bundesbeauftragte für Altenpflege versteht die Altenpflege nicht!“

Sehr geehrter Herr Staatssekretär Westerfellhaus,

wir hatten in den vergangenen Jahren mehrere Gelegenheiten gemeinsam auf Podien (equal pay day, Hauptstadtkongress, etc.) die Interessen der Kranken- und Altenpflege zu vertreten. Nun haben Sie die Verantwortung als Bundesbeauftragter für Pflege alle Tätigkeitsfelder und Personengruppen zu vertreten, die unter diesem Begriff „Pflege“ subsumiert sind.

Wenn ich Ihren 5- Punkte-Plan lese, komme ich aber zu dem Eindruck, „dass Sie die Altenpflege nicht verstehen!“

In einer ehrlichen und offenen Kommentierung möchte ich Ihnen dies mitteilen. Zumindest in der Altenpflege – und nur für die möchte ich nach 40 Berufsjahren in verschiedensten Positionen sprechen – halte ich dies für wichtig, gibt es doch genug medial verbreitetes Halbwissen. Zumindest wir Fachmenschen (und dies sind Sie ausgewiesenermaßen) sollten uns daran halten.

#### Prämien für Rückkehrer und Aufstocker

Zu diesem Themenfeld haben neben mir in den vergangenen Tagen und Wochen viele Kolleginnen und Kollegen in den Fachzeitschriften und Onlineforen Stellung bezogen. Ich habe dabei keine einzige positive gelesen. Deshalb möchte ich die ausschließlich ablehnenden Kommentare auch so stehen lassen.

#### 80 Prozent bei 100 Prozent Lohn

Das Ganze dann auch noch freiwillig, aber befristet! Für mich ist die Forderung purer Populismus. Eine seriöse Forderung wäre, die wöchentliche Stundenzahl für alle Beschäftigten in der Altenpflege (bei vollem Lohnausgleich) z. B. auf 33 Stunden in der Woche zu reduzieren. Diese Forderung ist aus anderen Branchen bekannt, in einzel-

nen sogar auch umgesetzt. Zum Beispiel in der Autobranche, einer Branche, in die der Staat „wenn es mal wieder kriselt“ Milliarden an Subventionen pumpt. Warum nicht auch in die Altenpflege? Bundesgesundheitsminister Spahn, der Ihre Punkte in seinem Katalog nicht aufgreift, spricht ja schon davon, dass die Kassenbeiträge erhöht werden müssen. Die Rechnung zahlen also wir selbst! Wenn es denn überhaupt so weit kommt. Die privaten Arbeitgeberkonzerne (beachten Sie bitte den feinen Unterschied zu engagierten kleinen privaten Heimträgern, die nicht mit 12 % Rendite kalkulieren), werden Ihre Idee sicher nicht so toll finden.

Erschreckend ist für mich aber auch, dass es für Sie anscheinend nur Pflegefachkräfte in der Altenpflege gibt. Laut Gesetzgebung haben wir eine 50%ige Pflegefachkraftquote, die viele Trägerverbände sogar noch verringern wollen. Was ist denn mit den engagierten Kolleginnen und Kollegen des Sozialen Dienstes, den Hausmeistern/innen, den Verwaltungskräften, den Alltagsassistenten/innen (Hilfskräfte), den Betreuungskräften?

Die arbeiten 100 % und bekommen dafür dann 100 % Lohn in deutlich niedrigeren Lohngruppen (zumindest bei den Privatanbietern und Anbietern der Freien Wohlfahrtspflege)? Sie haben bei Ihrem Vorschlag schlichtweg 50 % der Beschäftigten, ohne die die Altenpflege völlig zusammenbrechen würde, vergessen – oder ignoriert?

#### Bonus für gute Arbeitgeber

Seit mehr als 15 Jahren führen wir betriebliche Gesundheitsförderung und -management durch. Wir investieren dabei (belegbar) jährlich pro Arbeitnehmer/in 360,- Euro. Wir haben dafür nationale und internationale Auszeichnungen erhalten. Seit 2012 führen wir mit einem externen Partner psychologische Beratung durch. Unsere Beschäftigten erhalten garantiert innerhalb von 14 Tagen Unterstützung. Wir konnten dadurch nachhaltig die Krankheitsquote in diesem Bereich halbieren.

Was wollen Sie mir mit Ihren Ausführungen sagen? Dass der Staat uns Zuschüsse zum BGM gibt? Dass er die Mittel im Präventionsgesetz von 2,80 Euro auf 3,70 Euro erhöht? Dass alle Träger ein BGM-System vorhalten müssen? Legen Sie doch bitte ein klares eindeutiges Konzept vor! Wir brauchen keine Wertschätzung, sondern vergleichbare Rahmenbedingungen und genau damit befassen Sie sich eben nicht.

Weil dies so ist, fehlt mir eindeutig in Ihrem 5-Punkte-Plan die Abschaffung der Freien Marktwirtschaft, weil die verursacht Ihre beschriebenen Probleme ausdrücklich mit. Solange Konzerne mit Renditen von 12 % aufwärts rechnen und sie umsetzen unterstützen Sie deren Wachstum. Es gibt doch schon lange nicht mehr den Wettbewerb zwischen privat, kirchlich, freigemeinnützig und kommunal, sondern vielmehr immer mehr zwischen „groß oder klein“!

#### Mehr Freude am Pflegeberuf

Diese Inhalte sind in Teilen für mich nachvollziehbar. Wenn Sie aber von Pflegeprofis und „Handlangern“ sprechen, bitte ich darum mir klar zu sagen, was dann die 50 % gesetzlich verankerten „Nichtpflegefachkräfte“ sind, doch bitte nicht die „Handlanger“? Ihre Ausführungen lesen sich für mich wie ein Zweiklassensystem in der Pflege. Das will ich nicht, dies gibt aber auch nicht den lebhaften Alltag in den mehr als 8.000 Altenheimen in Deutschland wider. Auch Ambulante Dienste und teilstationäre Anbieter

haben einen Personalmix, der sich an den unterschiedlichen Fachrichtungen, aber auch an den unterschiedlichen Bedürfnissen der Kunden orientiert.

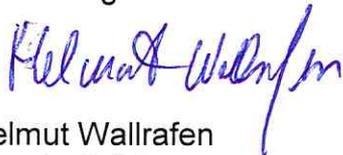
### Ausbilden! Ausbilden!

In diesem Punkt gebe ich Ihnen Recht. Es stellt sich aber wieder die Frage, wie wollen Sie dies erreichen bzw. sicherstellen? Weil es steht fest, dass die Zahl der Azubis in der Pflege in den letzten 10 Jahren um 43 % gestiegen ist. Wollen Sie dies mit dem „Kompromiss der Pflegereform“ umsetzen, der heute über die Ticker der Medienanstalten geht? Fangen Sie bei den Azubis mit dem einheitlichen tariflichen Lohn an. Im TVöD zahlen wir durchschnittlich 1.150,- Euro und ich kenne keinen Ausbildungsberuf, in dem sie mehr verdienen. Die Voraussetzungen sind also eigentlich da!

Schaffen Sie vergleichbare Rahmenbedingungen und die private Marktwirtschaft (vor allem die völlig überzogenen Renditemöglichkeiten) ab und wir werden mit einer Vielfalt an Anbietern eine Verbesserung der Situation erleben. Sie wird gerechter für die Pflegebedürftigen und für die in der Altenpflege Beschäftigten sein. Nach 23 Jahren hat sich gezeigt, dass das derzeitige System überholt ist. Die Ansätze vom ehemaligen Minister Gröhe und Ihrem Vorgänger Laumann gingen eindeutig weiter als die Ihren!

Mit freundlichen Grüßen

Sozial-Holding der Stadt  
Mönchengladbach GmbH



Helmut Wallrafen  
Geschäftsführer